



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41c-17_35

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41c-17_35

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

D I E S T U D E N T I S C H E R E V O L T E —

E I N F E S T L I C H E R A N L A S S ?

(Zum Vortrag von Prof. Dr. Walter Rüegg, Rektor der Universität Frankfurt, heute Montag, 17.6.68, um 18.15 Uhr in Aula und Aud. 101)

Das Schweizerische Institut für Auslandsforschung, das den Anlaß mit Prof. Walter Rüegg heute veranstaltet, ist schon verschiedentlich mit Vorträgen aufgefallen, die neben ihrem wissenschaftlichen auch einen unverkennbar politischen Gehalt hatten. Wagemutig also, von einem Referat Prof. Rüeegs in solchem Rahmen anzunehmen, es werde unpolitisch sein, mithin in der Nähe dessen, was unser Regierungsrat unter einem Festlichen Anlaß verstehen mag, für den alleind die Aula reserviert zu sein habe (Ring- und Staigervorlesungen, Feiern u.dgl.)

Zu den Umständen, unter denen der Vortrag Rüeegs heute stattfinden soll, ist die folgende Frage an Regierungsrat und Rektorat zu richten:

Warum durften vor kurzem Sprecher des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), die von einer studentischen Vereinigung eingeladen worden waren, nicht in der Aula sprechen; warum darf hingegen Prof. Walter Rüegg, der in Frankfurt sich mit der Suspendierung des SDS als zugelassene Hochschulvereinigung hervorgetan hat, mit dem Ziel, die Aktivitäten dieser größten politischen Gruppe an der Frankfurter Universität zu lähmen, - warum darf Prof. Rüegg in einer Veranstaltung eines privaten Institutes in der Aula sprechen?

Es ist nicht einzusehen, weshalb der Frankfurter Rektor, dessen Handeln an seiner Universität eine raffinierte Mischung von Repression, eifrig betonter Reformbereitschaft - im Bestreben, die herrschenden Machtverhältnisse zu zementieren - und Public Relations verrät, hier derart offiziös empfangen werden soll: nach seinem zwiespältigen Amtieren in Frankfurt ist er gewiss nicht der Mann, der den Zürchern Rezepte dafür zu liefern hat, wie sie ihre Universität zu reformieren und zu demokratisieren haben.

ZUR PERSON DES REFERENTEN

Prof. Dr. Walter Heinrich Rüegg ist Schweizer. Der 49jährige Sohn eines Industriekaufmanns studierte klassische Philologie und Philosophie, schrieb eine Dissertation über Cicero, wurde dann Lehrer und habilitierte sich 1950 in Zürich mit der kritischen Erstausgabe eines italienischen Humanisten und einer Probevorlesung über den Humanismus-Begriff des jungen Marx.

1956 wurde Rüegg Nachfolger seines Vaters als Hauptgeschäftsführer verschiedener Interessenverbände der schweizerischen Aluminium-Industrie.

1961 nahm er den Ruf an einen Frankfurter Lehrstuhl für Soziologie an. Seit Oktober 1965 ist er in Frankfurt Rektor. 1967 erreichte er gegen heftigen Widerstand, als erster Rektor in Deutschland für ein drittes Jahr als Rektor wiedergewählt zu werden.

Rüegg ist bis Ende Juli Präsident der Westdeutschen Rektoren-Konferenz. Er wurde als Präsident der WRK am 21.2.1968 nicht wiedergewählt, nachdem er mit einem Begleitschreiben zur Bad Godesberger Erklärung der WRK vom 6. Januar 1968 Mißfallen erregt hatte: die Erklärung war von den beiden Rektoren Göttingens und Freiburgs, Walther Killy und Helmut Baitsch, initiiert worden.

Prof. Rüegg gehört dem Pen-Club und dem Rotary-Club an.

Rüegg: "Mir lag daran, vor einer gefährlichen Politisierung der Universität zu warnen. Sie bestände darin, daß die Studentenschaft sich parteipolitisch konstituiert, sich durch Mehrheitsbeschlüsse ganz bestimmte parteipolitische Auffassungen zu eigen macht und dann von diesen Auffassungen her auch auf die Besetzung der Lehrstühle und die Gestaltung des akademischen Unterrichts Einfluß nehmen könnte."

Ein solcher Passus ist unverfroren: Gefährlich wird nach Rüegg die Politisierung, wenn eine Mehrheit der Studenten etwa bewirken könnte, daß keine Mehrheit der Professoren sich ganz bestimmte parteipolitische Auffassungen zu eigen macht und von daher auf die Gestaltung des akademischen und mittelbar des Gymnasialunterrichts Einfluß nimmt.

Rüegg: "Ich habe hier in Frankfurt jegliche Diskussion über irgendwelche Fragen zugelassen, solange sie als Diskussionen stattfanden und nicht als Vorbereitung zu irgendwelchen politischen Aktionen".

Der Unterschied, der hier für die Bestimmung der "Zulassungs"-würdigkeit einer Veranstaltung gemacht wird, ist aufschlußreich. Solange - wie im Jugendparlament - nur geredet wird, ohne daß praktische Konsequenzen gezogen werden, dann läßt Rüegg seine Studenten diskutieren. Soll aber politisch etwas Wirksames unternommen, darüber vorerst diskutiert werden, dann ist solche Diskussion gefährlich, zumal für einen Rektor, der sich nicht zurückhält, die Provokationen des SDS mit folgenden Worten zu diffamieren:

Rüegg: "Eine Provokation sucht über den vorgegebenen Zweck hinaus andere, ja zum Teil konträre Ziele zu erreichen." (Solche Ziele sind bei allen Provokationen distinkt genannt worden: der SDS hat über diesen hier diskreditierten Sachverhalt nie Zweifel gelassen.) "So zielen die gegenwärtigen Provokationen nicht auf die Beseitigung von Mißständen(...), sondern sie nutzen sie aus, um die Universität als eine gesamtgesellschaftliche Institution zu diffamieren und zu lähmen."

Im Unterschied zu Rüegg versucht aber der SDS gerade, die Universität als eine gesamtgesellschaftliche Institution einzusetzen, die gesellschaftlichen Bedingungen an ihr zu verändern: ein Umstand, den der Frankfurter Soziologe offenbar übersehen hat.